

Steger, Ulrich

Article — Digitized Version

Der Orientierungsrahmen §85 im Lichte der ökonomischen Theorie

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Steger, Ulrich (1975) : Der Orientierungsrahmen §85 im Lichte der ökonomischen Theorie, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 55, Iss. 10, pp. 502-505

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134869>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Der Orientierungsrahmen '85 im Lichte der ökonomischen Theorie

Ulrich Steger, Bochum

In knapp einem Monat findet der Mannheimer Parteitag der SPD statt. Wichtigster Tagesordnungspunkt: der Orientierungsrahmen '85. Zu einigen Fragen von besonderem wirtschaftspolitischem Interesse nimmt der folgende Beitrag Stellung.

Politische Programmaussagen mit erfahrungswissenschaftlichen Theorien zu konfrontieren, ist ein methodisch schwieriges Unterfangen. Denn für beide Bereiche gelten recht unterschiedliche Kriterien: Während – zumindest im Sinne des pluralistisch-fallibilistischen Wissenschaftsprogrammes¹⁾ – die empirische Geltung Maßstab für die Beurteilung der Aussagefähigkeit einer Theorie ist, gelten für politische Programmaussagen in demokratischen Parteien und Gesellschaften Mehrheitsentscheidungen (und dies hat bekanntermaßen wenig mit „wahr“ oder „falsch“ zu tun). Zielen wissenschaftliche Hypothesen auf Erkenntnis, so zielen Programmaussagen auf Konsensbildung zur Integration der eigenen Organisation und – später – zur Mobilisierung von Wählern (soweit diese an solchen Aussagen interessiert sind). Müssen Hypothesen intersubjektiv überprüfbar sein, so sind Programmaussagen das Ergebnis von Kompromiß- und Verhandlungsprozessen in Organisationen mit normativem Charakter. Nun ist seit Max Weber relativ unstrittig, daß Normen nicht wissenschaftlich begründet werden können, sondern daß die Wissenschaft nur ihre Konsequenzen und Implikationen aufdecken (Beratungsfunktion) und die dahinter stehenden Interessen und Begründungen analysieren kann (ideologiekritische Funktion).

In diesem Sinne sollen im folgenden einige Fragen von besonderem wirtschaftspolitischem Interesse des von einer Kommission unter Vorsitz von Peter von Oertzen erarbeiteten „zweiten Entwurfes eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1975–1985“ (OR '85)²⁾ diskutiert werden. Von Bedeutung sind dabei die Abschnitte 2.5. Wachs-

tum und Reform, 2.6. Markt und Lenkung und 4.1. Modernisierung unserer Wirtschaft, aus denen hier nur zwei als besonders wichtig erachtete Problembereiche – staatliche Informationsverarbeitungs- und Entscheidungskapazität sowie Wettbewerb und indirekte Investitionslenkung – herausgegriffen werden, während in einem abschließenden Fazit eine knappe Gesamtwürdigung versucht wird.

Wie ein roter Faden zieht sich durch den OR '85 die Frage, wie zur Durchsetzung von Reformen die staatlichen Handlungsmöglichkeiten, insbesondere im ökonomischen Bereich, erhöht und effizienter gestaltet werden können. „Die bislang sehr beschränkte Fähigkeit von Politik und Verwaltung zur Informations- und Problemverarbeitung . . . haben dazu geführt“ – so wird im Abschnitt 2.6.5. festgestellt –, „daß das bereits vorhandene Instrumentarium nur in oft unzureichender Weise eingesetzt wurde und daß die öffentlichen Planungsträger mit den ihnen übertragenen Aufgaben häufig überfordert sind (mittelfristige Finanzplanung, langfristige Infrastrukturplanung)“. Als Beschreibung ist dies sicher richtig, aber weder werden die Gründe für diesen Zustand genannt, noch werden konkrete Konsequenzen gezogen, sieht man von der Forderung nach einer besseren Qualifizierung des Personals ab. So bleibt denn zwangsläufig offen, zu welchen Veränderungen der geforderte Bundesentwicklungsplan – als langfristiges Infrastrukturkonzept mit einem Maßnahmenkatalog der Strukturpolitik – und die besseren und disaggregierteren Prognosen denn tatsächlich im Entscheidungsprozeß führen und wie insbesondere der Bundesentwicklungsplan erstellt werden soll.

Dieses Defizit ist um so erstaunlicher, als es in der Planungsliteratur durchaus nicht an problemorien-

Ulrich Steger, 31, Dipl.-Ökonom, ist seit 1972 als Assistent am Seminar für Theoretische Wirtschaftslehre der Ruhr-Universität Bochum tätig.

¹⁾ Als Fortentwicklung der „falsifikationistischen“ Methodologie Poppers. Siehe H. Spinner: Pluralismus als Erkenntnismodell, Frankfurt a. M. 1974.

²⁾ Hrsg. vom SPD-Parteivorstand, Bonn o. J. (1975).

tierten Analysen fehlt³⁾, die gezeigt haben, inwieweit der gegenwärtig als unbefriedigend empfundene Stand der Planung „systemimmanent“ ist (insbesondere ist hier festzuhalten, daß die Pluralität von Zielen für demokratische Gesellschaften wohl nicht aufzuheben ist) und inwieweit Verbesserungen möglich und realisierbar sind. Im letzteren Bereich ist insbesondere an die Vorschläge von Jochimsen zur Einführung von Querschnittsaspekten in die Planung⁴⁾ und Noes Konzeption der selektiven Angebotssteuerung⁵⁾ zu denken. Noe sieht in einem Drei-Stufen-Plan eine systematische Bestandsaufnahme der staatlichen Maßnahmen (bezüglich der Ziele und eingesetzten Mittel und den – sicherlich zahlreich bestehenden – Inkonsistenzen, falschen Dosierungen u. a. m.) vor, der eine Analyse der Strukturentwicklung folgt, die mittels Input-Output-Tabellen eine orientierende Beschreibung der Wirtschaft ermöglicht, aus der auch erste Rückschlüsse über die Auswirkungen von Veränderungen, wie sie sich aus der Bestandsaufnahme ergeben, gezogen werden können. Am Ende stände dann ein vervollständigter Jahreswirtschaftsbericht, in dem ergänzende Zielwerte für ausgewählte Sektoren-Outputs formuliert würden, an denen sich die staatliche Wirtschafts- wie Infrastrukturpolitik orientieren soll.

Auf diese Vorschläge wurde hier nur deswegen verwiesen, weil sie m. E. unstrittig „machbar“ sind und die Nichtberücksichtigung und Aufarbeitung derartiger – oder ähnlicher – Vorschläge inkonsequent angesichts der Problemgewichtung ist, die der Erhöhung der staatlichen Problemlösungskapazität – richtigerweise – im OR '85 zugemessen wurde. Und es ist auch nicht einsichtig, inwiefern ein Projekt wie der Bundesentwicklungsplan – immerhin schon eine etwa zehnjährige SPD-Forderung – ohne institutionelle Änderungen realisiert werden kann. Gleiches gilt für die – in Abschnitt 4.1.4. geforderte – Regionalisierung der Konjunkturpolitik. So läßt sich für das Problem der staatlichen Handlungsfähigkeit nur ein Defizit zwischen Analyse, angestrebten Zielen und vorgeschlagenen Maßnahmen konstatieren.

Die gravierendsten Inkompatibilitäten des OR '85 sind aber sicher bei der Analyse der Leistungsfähigkeit des Marktmechanismus und der Wirksam-

keit von Wettbewerb und „indirekter“ Investitionslenkung festzustellen. Zwar wird – auch sachlich sicher berechtigt – einleitend zu diesem Problem (Abschnitt 2.6.1.) festgestellt, daß „der gegenwärtige Erkenntnisstand eine ausreichende Urteilsbildung nicht zuläßt“ und es sich daher verbietet, „die rechten Formen und Dimensionen öffentlicher Wirtschaftslenkung abschließend zu bestimmen“, aber eine derartige salvatorische Klausel deckt nicht die gegensätzlichen Positionen, die insbesondere im Abschnitt 2.6. unverbunden nebeneinander stehen.

Wettbewerb und indirekte Investitionslenkung

Auf der einen Seite⁶⁾ steht im Abschnitt 2.6.1. eine sehr dezidierte Herausarbeitung der Konzentrationsbewegung und der prinzipiellen Begrenzungen des Steuerungsinstrumentes „Markt“: Gewährleistung der Bedürfnisbefriedigung nur für individuell nutzbare Güter in Abhängigkeit von der Einkommensverteilung, nicht aber für Kollektivgüter; zu kurzer Zeithorizont für Strukturentscheidungen; Existenz von Bereichen, wo aus technischen Gründen keine Produktion unter Konkurrenzbedingungen stattfinden kann und Nichtberücksichtigung sozialer Kosten und Erträge. Entsprechend negativ ist das Urteil über die Erfolge der bisherigen – sprich: weitgehend indirekten – Strukturpolitik, die nicht hat verhindern können, daß Strukturprobleme entstanden sind, die – so wird in Abschnitt 4.1.4. festgestellt – sich bei nachlassendem wirtschaftlichen Wachstum krisenhaft zuspitzen. Auch die Probleme der Ballungsgebiete einerseits oder die der Entleerungszonen andererseits sind nicht gelöst worden, wie es auch nicht gelungen ist zu verhindern, daß zu viele Erwerbstätige noch in unproduktiven Bereichen beschäftigt sind.

Auf der anderen Seite steht die Position – wie sie insbesondere von Herbert Ehrenberg vertreten wird⁷⁾ –, die einmal von einer außerordentlich positiven Bewertung der indirekten Lenkung gekennzeichnet ist und daher deren verstärkten Ausbau fordert. Zum anderen mißt sie einer rigorosen Wettbewerbspolitik einen sehr hohen Stellenwert für die Legitimation und die Effizienz des Wirtschaftssystems zu. Letzteres zeigt sich nicht nur in der wettbewerbspolitisch motivierten Forderung nach Abschaffung des Universalbankensystems (Abschnitt 2.6.6.), sondern giftelt in der Feststel-

³⁾ Vgl. z. B. die beiden Problemskizzen für die Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel von H. Schatz: Probleme politischer Planung im Regierungssystem der BRD, vervielf. Manuskript, Bonn 1973, und F. Scharpf: Politische Durchsetzbarkeit innerer Reformen im pluralistisch-demokratischen Gemeinwesen der Bundesrepublik, vervielf. Manuskript, Berlin u. a. 1973, sowie Beiträge in: F. Scharpf und R. Mayntz (Hrsg.): Planungsorganisation, Köln u. a. 1974, und F. Rahmeyer: Pluralismus und rationale Wirtschaftspolitik, Stuttgart u. a. 1974.

⁴⁾ R. Jochimsen: Aktive Strukturpolitik – Ansatzpunkte zur Modernisierung unserer Volkswirtschaft, in: P. von Oertzen u. a. (Hrsg.): Thema: Wirtschaftspolitik, Bonn-Bad Godesberg 1974, S. 29 ff. und insbesondere S. 42 ff.

⁵⁾ C. Noe: Selektive Angebotssteuerung in der Marktwirtschaft, in: ebenda, S. 75 ff.

⁶⁾ Zur Transparenz der Argumentation sei darauf hingewiesen, daß diese Position vom Verfasser geteilt wird, wie an anderer Stelle ausführlich begründet wurde; vgl. U. Steger: Zur ökonomischen Begründung einer zentralen Investitionslenkung, in: Die Neue Gesellschaft, 21. Jg. (1974), S. 560 ff., und derselbe: Zum Verhältnis von „Plan“ und „Markt“ im Orientierungsrahmen, in: ebenda, 22. Jg. (1975), S. 13 ff.

⁷⁾ Am ausführlichsten formuliert bei H. Ehrenberg: Zwischen Marx und Markt, Frankfurt a. M. 1973; eine knappe Zusammenfassung seiner Vorstellungen findet sich in zwei Beiträgen im o. a. Sammelband von P. von Oertzen u. a. (Hrsg.), S. 51 ff. und S. 177 ff.

lung, daß „die Bundesrepublik von einem konsequenten Einsatz der möglichen Instrumente staatlicher Wettbewerbspolitik und Monopolkontrollen noch weit entfernt ist“ (Abschnitt 2.6.1.).

Die positive Einschätzung der indirekten Lenkung – von der allerdings wiederholt gefordert wird, daß sie wesentlich intensiver und besser koordiniert werden muß – stützt sich dabei vor allem auf den Einfluß, den Infrastrukturvorleistungen auf die Investitionsströme ausüben.

An dieser Stelle kann nicht die ganze Diskussion um die Effizienz der Strukturpolitik aufgenommen werden; Tatsache ist jedoch, daß auch in der wissenschaftlichen Diskussion z. T. beträchtliche Vorbehalte über Theorie wie Praxis der Strukturpolitik bestehen⁸⁾. Hier ist von Bedeutung, daß im Rahmen des strukturpolitischen *Gestaltungsanspruches*, der im OR '85 erhoben wird – nämlich „die Grundrichtung der Produktion im gesamtwirtschaftlich erwünschten Sinne (zu) beeinflussen“ (Abschnitt 2.6.5.) –, *erhöhte* Anforderungen an das Planungs- und Lenkungssystem gestellt werden. Während die bisherige Politik lediglich auf die Beseitigung von Engpässen gerichtet ist – die „Grundrichtung der Produktion“ dagegen im wesentlichen dem Marktprozeß überlassen wird – und daher geringeren Planungsanforderungen genügen muß, sind die Erfordernisse für Zielfindungsprozesse, Informationsverarbeitungssysteme, Wirkungsanalysen und Erfolgskontrollen einer Konzeption, die auf aktive Gestaltung der Wirtschaftsstruktur zielt, erstens höher und zweitens relativ unabhängig vom jeweils eingesetzten Instrumentarium⁹⁾.

Mängel der indirekten Lenkung

Zum anderen weist eine Investitionslenkungs-konzeption, die sich *nur* auf indirekt wirkende Instrumente wie Subventionen, Steuern, Infrastrukturleistungen u. a. m. (Datensetzung) stützt, noch spezifische Mängel auf, die bisher nicht ausgeräumt sind¹⁰⁾:

Wie auch im Abschnitt 2.6.5. des OR '85 als ungelöstes Problem erkannt wird, führt die Ausweitung der indirekten Investitionslenkung zu einer

⁸⁾ Vgl. z. B. H.-R. Peters: Grundzüge sektoraler Strukturpolitik, Freiburg i. Br. 1971, und K.-H. Oppenländer: Ansatzpunkte und Probleme der sektoralen Strukturpolitik in der BRD, in: IFO-Studien, 20. Jg. (1974), S. 1 ff., sowie H. Müller: Regionale Strukturpolitik in der Bundesrepublik, Göttingen 1973, und U. Engelen-Köfer: Regionale Strukturpolitik – eine kritische Betrachtung aus gewerkschaftlicher Sicht, in: WSI-Mitteilungen, 27. Jg. (1974), S. 138 ff.

⁹⁾ Siehe dazu ausführlicher: J. Borchert und U. Steger: Das „einzelbetriebliche Förderungsprogramm“ als Beispiel für Planungsprobleme der indirekten Investitionslenkung, in: WSI-Mitteilungen, 27. Jg. (1974), S. 327 ff.

¹⁰⁾ Eine ausführlich begründete Kritik habe ich an anderer Stelle versucht. Vgl. U. Steger: Alternative Konzepte der Investitionslenkung, in: Jahrbuch für Sozialwissenschaften, 26. Jg. (1975), S. 71 ff., insbesondere S. 89 ff.

Belastung der öffentlichen Haushalte (konkret: die sozialen Kosten der Produktion werden vermehrt von den öffentlichen Haushalten übernommen) und zu negativen Verteilungswirkungen, einer Art „Vermögensbildung in Unternehmerhand“. Der Vorschlag, für die Zuwendungen der öffentlichen Hand die entsprechenden Gesellschaftsanteile zu geben (Abschnitt 4.1.4.), mutet naiv an, da damit der Effekt der finanziellen Anreize für das Unternehmen ja hinfällig würde.

Die Konzeption der Datensetzung beruht auf der doppelten Fiktion, daß einmal der Staat die Daten „autonom“ setzen kann und daß zum anderen die Unternehmen sich dieser Datensetzung frictionslos anpassen. Ersteres widerspricht dem, was im Abschnitt 2.4. über die Rolle des Staates herausgearbeitet wird, gegen letzteres spricht alles, was wir über die Praxis derartiger Planungssysteme wissen¹¹⁾. Die Koordination von einzel- und gesamtwirtschaftlichen Plänen ist nach wie vor die „offene Flanke“ einer indirekten Investitionslenkung mit strukturgestaltendem Anspruch. So manche „indikative“ Planung sank dadurch schnell ins rein „Dekorative“ hinab.

Die angestrebte Umschichtung in der Verwendung des Bruttosozialproduktes zugunsten eines höheren Staatsanteils kann mit den Instrumenten der indirekten Investitionslenkung nicht erreicht werden¹²⁾.

Zur vollen Wirkung der Lenkung über „Datensetzung“ gehört ein sehr gut funktionierender Marktmechanismus, um eine entsprechende Reaktion der Wirtschaftssubjekte zu erreichen. Davon kann aber beim gegenwärtigen Stand der Konzentration nicht mehr ausgegangen werden. Zudem sind viele Strukturprobleme ja darauf zurückzuführen, daß aus den oben skizzierten Gründen der Marktmechanismus nicht funktionieren kann oder außer Kraft gesetzt wurde. So haben wir auch hier das aus der Keynes'schen Stabilisierungspolitik bekannte Paradox¹³⁾, daß eine Konzeption, die ihrer Intention nach auf eine Korrektur von Marktversagen angelegt ist, selbst wiederum einen funktionierenden Markt voraussetzt.

Die Notwendigkeit, in einem Rechtsstaat die Einsatzkriterien für das Instrumentarium „justitiabel“ zu formulieren, hat bereits jetzt zu einer beträchtlichen Schwerfälligkeit und Bürokratisierung der Praxis der Strukturpolitik geführt. Auch hier

¹¹⁾ Zu denken wäre hier vor allem an die französische Planifikation der 60er Jahre; die gründlichste Analyse dazu bietet noch immer: St. Cohen: Modern Capitalist Planning: The French Model, Cambridge, Mass., 1969.

¹²⁾ Zumindest diesen Punkt haben die Verfechter der indirekten Investitionslenkung – wenn auch resignierend – akzeptiert. Siehe T. Sarrazin: Über die Bedingungen des Wachstums und der Erhöhung des Staatsanteils bis 1985, in: Die Neue Gesellschaft, 22. Jg. (1975), S. 309 ff.

¹³⁾ Siehe B. Gahlen: Grundfragen der Stabilisierungspolitik, in: Stabilisierungspolitik (WSI-Studie 27), Köln 1974, S. 13.

wären präzise Vorschläge zum effizienteren Einsatz notwendig, bevor einer Ausweitung der indirekten Lenkung das Wort geredet wird.

In diese Liste der bekannten Kritik müssen m. E. noch zwei, teilweise zusammenhängende Punkte aufgenommen werden, die sich erst im Lichte der neueren Entwicklung als besonders gravierende Problemkomplexe erweisen: die Gewährleistung einer die Vollbeschäftigung sichernden Investitionsquote und die Strukturverschiebungen, die im Rahmen der „neuen Weltwirtschaftsordnung“ auftreten werden, insbesondere der Öffnung der Märkte westlicher Staaten für die Entwicklungsländer.

Zwar nennt der OR '85 die Sicherung der Vollbeschäftigung (Abschnitt 4.1.4.) als vorrangiges Ziel sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik, geht aber nicht näher darauf ein, wie dieses Ziel erreicht werden soll. Offenbar erachtet man die an anderer Stelle (Abschnitt 2.5.2.) erhobene Forderung nach einem überdurchschnittlichen Wachstum der realen gewerblichen Bruttoanlageinvestitionen für die nächsten Jahre als dafür ausreichend¹⁴). Wie dies erreicht werden soll und welche Anteile anderer Verwendungsarten zurückgedrängt werden, bleibt offen. Da bei konstanter Finanzierungsstruktur¹⁵) eine steigende private Investitionsquote auch eine steigende Gewinnquote am Volkseinkommen bedeutet, bleibt offen, ob die Arbeitnehmer gerade bei zunächst geringen Einkommenswachstumsraten diese Verschlechterung der Verteilungsrelationen hinnehmen werden oder ob der Versuch zur Ausweitung der Gewinn- und Investitionsquote nicht den inflationär wirkenden Verteilungskampf verschärfen wird. Im Lichte empirischer Untersuchungen hat wohl die letzte Variante mehr Wahrscheinlichkeit für sich¹⁶). Darüber hinaus ist es zweifelhaft, ob ein undifferenzierter Ausbau des Kapitalstockes sinnvoll ist. Die Kapazitätsauslastung in der Industrie scheint nämlich in der BRD tendenziell zu sinken¹⁷), so daß sich hier eher die Frage der besseren Ausnutzung denn der Erweiterung stellt.

Und hier kommt auch die Umstrukturierung der Weltwirtschaft ins Spiel, die vermutlich für eine Reihe von Industrien (Lederwaren, Holzerezeugnisse, Metallwaren, Textilien u. a.) die Expansionsmöglichkeit in den nächsten Jahren drastisch ein-

schränken wird. Diese sektoralen Probleme konzentrieren sich oft in bestimmten Regionen, und es läßt sich absehen, daß das bestehende Instrumentarium gerade für diese Problemkonstellation wenig wirksam ist¹⁸). Von daher scheint es plausibel, statt der undifferenzierten Ausdehnung des industriellen Kapitalstockes die arbeitsmarktpolitischen Instrumente zur Sicherung der Vollbeschäftigung auszubauen¹⁹) und die arbeitsintensiven Dienstleistungssektoren – die von der bisherigen Strukturpolitik diskriminiert werden – verstärkt zu fördern²⁰).

Ähnlich skeptisch ist – worauf nur abschließend kurz verwiesen sei – die Forderung nach einer noch härteren Wettbewerbsgesetzgebung zu bewerten. Wenn nachfrageseitig der Anteil an „vagabundierender Kaufkraft“ zunimmt, auf der Angebotsseite aber der Trend zu einer zunehmenden Höhe und langfristigen, spezialisierten Festlegung des Kapitals aus produktionstechnischer Notwendigkeit anhält, dann scheint eine *planvolle* Organisation der Märkte unabdingbar. Denn die enormen ökonomischen wie sozialen Reibungsverluste, die aus dem „spontanen“ Wirken von Marktkräften erfolgen würden, könnten heute von keiner Gesellschaft ertragen und finanziert werden. Die gegenwärtig rezessive Entwicklung liefert weitere Impulse in dieser Richtung.

Als Ergebnis muß festgehalten werden, daß in den beiden ökonomischen Bereichen, die – nach dem subjektiven Urteil des Verfassers – von besonderer Bedeutung schienen, erhebliche Kritik anzubringen ist. Einmal weil die aufgrund der Analyse und der postulierten Zielsetzungen vorgeschlagenen Problemlösungen nicht ausreichen, zum anderen weil die in Aussicht genommenen Problemlösungsstrategien selbst starker Kritik ausgesetzt sind. Angesichts des rudimentären Forschungsstandes sollen insbesondere die Kritikpunkte im Bereich der Investitionslenkung mehr als Fragezeichen, denn als endgültige Urteile verstanden werden. Zumindest erklären sie aber, warum in der Diskussion um den OR '85²¹) wie in den bis jetzt vorliegenden Anträgen zum SPD-Bundesparteitag insbesondere eine Revision dieser Bereiche gefordert wird.

¹⁴) Sarrazin hält zur Gewährleistung eines 4–4,5%igen Wachstums eine Steigerung der Investitionsquote von 25,6% (1973) auf 29% (1985) für erforderlich; vgl. T. Sarrazin, a. a. O., S. 310.

¹⁵) Sieht man von der aktuellen rezessiven Entwicklung ab, so scheint mir mittelfristig auch weniger das Niveau als die seit 1960 ständig steigenden Entnahmekoten – von 64,4% (1960) auf 87,4% (1972) – problematisch. Vgl. F. Dorow: Vermögenseinkommen und Unternehmensgewinne 1960–1972, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 4/1974, S. 256 ff.

¹⁶) Siehe z. B. B. Strümpel: Stagflation und Verteilungskonflikt, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 55. Jg. (1975), H. 4, S. 189 ff.

¹⁷) O. V.: Die Wirtschaftslage im Frühjahr 1975, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 27. Jg., Nr. 6, Juni 1975, S. 30.

¹⁸) Vgl. hierzu die Problemstudie von V. Vinnai: Wie können wir unsere Märkte öffnen, ohne innere Strukturprobleme zu schaffen?, in: P. von Oertzen u. a. (Hrsg.), a. a. O., S. 201 ff., und die empirische Untersuchung von F. Graf v. Ballestrem: Standortwahl von Unternehmen und Industriestandortpolitik, Berlin 1974, die u. a. zu dem Ergebnis führt, daß die bedürftigsten Randgebiete (trotz der oft besonders hohen Förderung) oft außerhalb des normalen Standortsuchraumes von Unternehmen liegen.

¹⁹) Siehe hierzu die Modellrechnungen und Vorschläge von L. Reyher: Beschäftigungspolitische Alternativen zu hoher Arbeitslosigkeit, in: WSI-Mitteilungen, 27. Jg. (1975), S. 63 ff.

²⁰) So auch der Vorschlag von F. Scharpf: Krisenpolitik, in: P. von Oertzen u. a. (Hrsg.), a. a. O., S. 11 ff.

²¹) Siehe z. B. S. Skarpelis-Sperk: Die ökonomischen Aussagen des OR '85, in: Die Neue Gesellschaft, 22. Jg. (1975), S. 297 ff.